



## Protokoll

### über die 11. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Montag, 30.09.2013
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:51 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Kreistagsfraktion DIE LINKE

Leukert, Michael	
Perli, Victor	Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE

##### Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Barkhau, Holger	
Boog, Thomas	
Brücher, Bertold	Vorsitzender der B 90/ Die Grünen Kreistagsfraktion
Dette, Ehrhard	Stellv. Vorsitzender
Gerndt, Elisabeth	
Gerndt, Reinhard Dr.	
Wagner-Judith, Christiane	Stellv. Landrätin

##### Gruppe CDU/FDP

Bötel, Bernhard		
Dinter, Ilona		
Försterling, Björn		
Fricke, Dietmar		
Großer, Elke		
Hantelmann, Klaus		
Hasselmann, Rainer	stellv. Landrat	bis TOP 17
Lagosky, Uwe	Vorsitzender der Kreistagsgruppe CDU/FDP	
Löhr, Norbert		
Oesterhelweg, Frank		
Pink, Maximilian		bis TOP 14
Rautmann, Dirk		
Schäfer, Uwe	Stellv. Vorsitzender	
Tiedt, Thorsten		
Vogler, Birgit		

von Veltheim, Alexander  
Wolff, Michael

**SPD-Fraktion**

Albinus, Martin  
Deitmar, Reinhard  
Ganzauer, Oliver  
Hausmann, Michael  
Heider, Ute  
Hensel, Falk

Vorsitzender der SPD  
Kreistagsfraktion

Jakob, Thomas  
Kaatz, Detlef  
Keye, Bernfried  
Krause, Patrick  
Märtens, Julian  
Polzin, Bruno  
Puhle, Stefan  
Resch-Hoppstock, Sabine  
Vree, Friedhelm  
Wiegel, Heike

Stellv. Landrat

**Von der Verwaltung**

Steinbrügge, Christiana  
Hortig, Martin Dezernent  
Klooth, Kathrin  
Schillmann, Claus-Jürgen  
Vogt, Kornelia  
Eidam, Julia

Landrätin  
Erster Kreisrat  
Kreisverwaltungsdirektorin  
Leitender Baudirektor  
Pressesprecherin  
Protokollführerin

**Es fehlen:**

**Gruppe CDU/FDP**

Koch, Manfred

**SPD-Fraktion**

Bosse, Marcus  
Brandes, Katrin  
Koch, Harald

---

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 24.06.2013

5. Vereidigung der neuen Landrätin (§ 81 NKomVG)
6. Anfragen
  - 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)
  - 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
7. Anträge (§ 4f GO)
8. Fortsetzung des Pro Aktiv Centers Wolfenbüttel bis 30.06.2015  
Vorlage: XVII-0306/2013
9. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für Räume des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel in der Harzstraße  
Vorlage: XVII-0313/2013
10. Änderung der Entgeltordnung für Veranstaltungen des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVII-0311/2013
11. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Bücherei im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel (Bücherbus)  
Vorlage: XVII-0320/2013
12. Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“; Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe  
Vorlage: XVII-0277/2013/1
13. Verordnung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Oker im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVII-0296/2013
14. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Elm"; Vorlage: XVII-0263/2013
15. Geschäftsordnung der Asse2 Begleitgruppe; Vorlage: XVII-0298/2013
16. Wirtschaftsplan 2014 für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (WLW)  
Vorlage: XVII-0316/2013
17. 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013  
Vorlage: XVII-0295/2013
18. 1. Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013  
Vorlage: XVII-0305/2013
19. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zeitraum vom 19.06.2013 bis 02.07.2013  
Vorlage: XVII-0307/2013
20. Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVII-0312/2013
21. ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig

Vorlage: XVII-0317/2013

22. Einbringung des Haushaltes 2014
  23. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)
  24. Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)
- 

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 18:00 Uhr die 11. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer weist auf die Live- Übertragung der 11. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages durch TV 38 hin und bittet alle Kreistagsabgeordneten ausdrücklich bei jedem noch so kurzen Redebeitrag vorne an das Mikrophon zu kommen, da in der Übertragung der Wortbeitrag sonst nicht zu hören sei. Die Live Übertragung sei auf der Internetseite des Landkreises Wolfenbüttel abrufbar.

Vorsitzender Ganzauer bittet sodann, dass sich alle Anwesenden erheben, um dem am 03.07.2013 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Peter Hantelmann zu gedenken.

Vorsitzender Ganzauer gratuliert im Anschluss den KAbg. Manfred Koch, Dr. Gerndt und Bötel zu ihren Geburtstagen sowie KAbg. Lagosky zu seinem Mandat im Bundestag.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbg. Brandes, Bosse, Harald Koch sowie Manfred Koch entschuldigt fehlen.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)**

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (4c GO)**

KAbg. Hensel nimmt Bezug auf das vorangegangene Gespräch zwischen den Fraktions- und Gruppenvorsitzenden und der einvernehmlichen Meinung, den TOP 7.1 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE, aufgrund der aktuellen Entwicklung, von der Tagesordnung abzusetzen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird unter Absetzung des TOPs 7.1 Resolution zum Erhalt des „Schülerzugs“ um 6:53 Uhr von Schöppenstedt nach Wolfenbüttel, Vorlage XVII- 0327/2013, genehmigt.

## **TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 24.06.2013**

Vorsitzender Ganzauer trägt zwei vorzunehmende Korrekturen zu den TOPen 9 sowie 16 vor. Danach bittet KAbg. Jakob bei dem TOP 9 „Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt“ um folgende Korrektur:

KAbg. Jakob bedankt sich bei der Kreisverwaltung für die ausführliche und differenzierte Vorlage, welche eine gute Diskussionsgrundlage für die interfraktionelle Arbeitsgruppe darstelle. Aber durch die Berichterstattung in der Presse sei es zu Irritationen gekommen. Hier müsse noch einmal eine Klarstellung erfolgen. Der Standort Sickte sei ausgehend von den Schülerzahlen für die Errichtung einer IGS geeignet. Um dies präziser zu fassen, werde aus dem Protokoll der Schulausschusssitzung zitiert „Die Schülerzahlen würden für die Errichtung einer dreizügigen IGS ausreichen, ggf. wäre auch eine Vierzügigkeit denkbar.“

Weiterhin bittet KAbg. Wagner – Judith bei dem TOP 16 „Gemeinde Erkerode: Abstufung Teilstück L629“ um Korrektur des Abstimmungsverhaltens, da die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN geschlossen dagegen gestimmt habe. 4 Kreistagsabgeordnete seien auf der Sitzung anwesend gewesen, im Protokoll seien jedoch nur 2 Neinstimmen verzeichnet.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen nachstehenden

### **Beschluss:**

Das Protokoll über die 10. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages wird unter nachfolgenden Korrekturen

#### **TOP 9 Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt**

KAbg. Jakob bedankt sich bei der Kreisverwaltung für die ausführliche und differenzierte Vorlage, welche eine gute Diskussionsgrundlage für die interfraktionelle Arbeitsgruppe darstelle. Aber durch die Berichterstattung in der Presse sei es zu Irritationen gekommen. Hier müsse noch einmal eine Klarstellung erfolgen. Der Standort Sickte sei ausgehend von den Schülerzahlen für die Errichtung einer IGS geeignet. Um dies präziser zu fassen, werde aus dem Protokoll der Schulausschusssitzung zitiert „Die Schülerzahlen würden für die Errichtung einer dreizügigen IGS ausreichen, ggf. wäre auch eine Vierzügigkeit denkbar.“

#### **TOP 16 Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt**

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 32 Ja- und 4 Neinstimmen nachstehenden

### **Beschluss:**

1. Die Herabstufung der L 629 zur Kreisstraße vom Tetzstein bis zur Lucklumer Kreuzung wird abgelehnt.

genehmigt.

## **TOP 5 Vereidigung der neuen Landrätin (§ 81 NKomVG)**

Stellvertretender Landrat Polzin nimmt die Vereidigung von Landrätin Steinbrügge im Sinne des § 81 NKomVG vor und lässt den Diensteid vorsprechen.

Im Anschluss gratulieren die KAbg. Hensel, Brücher, Lagosky, Perli, Försterling und Oesterhelweg im Namen ihrer Kreistagsfraktionen und/ oder -gruppe sowie persönlich der neuen Landrätin zu ihrer Wahl. KAbg. Hensel wünscht Landrätin Steinbrügge eine glückliche Hand, arbeitsreiche Jahre und freue sich auf die künftige Zusammenarbeit. KAbg. Brücher ergänzt, dass Landrätin Steinbrügge die Menschen als soziales Wesen begreife, sie zuhören könne und sie ihren Slogan „menschlich nach vorne“ sicher auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung ausweiten werde. KAbg. Lagosky hofft auf eine konstruktive und gemeinschaftliche Zusammenarbeit, welche den Landkreis Wolfenbüttel nach vorne bringen werde. Auch KAbg. Perli wünscht Landrätin Steinbrügge für die Zukunft ein glückliches Händchen. KAbg. Försterling erklärt, dass es sicher auch mal härtere Diskussionen geben werde, was eine konstruktiv kritische Zusammenarbeit jedoch ausmachen würde. KAbg. Oesterhelweg biete eine ordentliche, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit an.

Gesamtpersonalratsvorsitzender Kühle wünscht Landrätin Steinbrügge im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung als auch im Namen der Personalräte alles Gute.

Landrätin Steinbrügge bedankt sich für die vielen guten Wünsche, das Zutrauen und die herzliche Verbundenheit, welches viel Rückenwind gäbe. „Wie können wir gut zusammenleben?“ Diese Frage stehe im Zentrum von Politik und gewinne in Anbetracht der knapper werdenden Ressourcen an Bedeutung. Beschränke man sich auf die Kernaufgaben oder versuche man sich neu zu organisieren, sich neu zu erfinden. Landrätin Steinbrügge stellt klar, dass ihre Präferenz eindeutig auf Letzterem läge und Potentiale nur gemeinsame ausgelotet werden können. Kommune stehe für Gemeinschaft – in diesem Sinne solle gemeinsam etwas bewegt werden.

## **TOP 6 Anfragen**

### **TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)**

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

### **TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)**

Landrätin Steinbrügge nimmt Bezug auf die Anfrage der SPD – Kreistagsfraktion vom 15.09.2013 zum Thema „Schülerbeförderung aus Schöppenstedt nach Wolfenbüttel“ (Anlage 1) und merkt an, dass die Gespräche zwischen der Landkreisverwaltung und dem ZGB erfreulich verliefen und die Zugverbindung nunmehr auf 6:50 Uhr verschoben worden sei. Damit läge diese wieder im vorherigen Rahmen. Für Berufspendler werde derzeit eine alternative Busverbindung geprüft. Darüber hinaus sei der Schülermittagszug in die Diskussion geraten. Auch hier werden Gespräche zwischen dem ZGB und der DB – Regio geführt. Der Landkreis Wolfenbüttel werde hierfür aktuelle Schülerzahlen vorlegen und darauf hinwirken, dass auch diese Verbindung weiterhin zu den günstigen Zeiten eingesetzt werde.

KAbg. Fricke erklärt, dass die rot – grüne Landesregierung plane, die Mittel aus der 3. Stufe zur Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung durch den Bund nicht an die Kommunen weiterzugeben, sondern die gesamten - auf die niedersächsischen Kommunen entfallenden - 107 Mill. € im Landeshaushalt zu belassen. Das Wahlversprechen, die kommunalen Finanzen stärken zu wollen, würde damit gebrochen. Nach Information der Landkreisverwaltung vom 23.09. würden mit diesem Vorhaben die Schlüsselzuweisungen, nach ersten Berechnungen, um ca. 4,6 Mill. € geringer ausfallen, als bislang in der Haushaltsplanung 2014 vorgesehen. KAbg. Fricke fragt nach, wie sich die Landkreisverwaltung gegenüber diesem Vorhaben der Landesregierung im Hinblick auf den Haushalt 2014 positionieren wolle. Weiterhin werde nachgefragt, ob die Kreisverwaltung angesichts der Haushaltsberatungen bereits reagiert habe bzw. ob geplant sei, einen intervenierenden Kontakt zu der Landesregierung aufnehmen zu wollen. Eine entsprechende Resolution als Antrag für den Kreistag zur vollständigen Weitergabe der Mittel werde sogleich für die Sitzungsrunden der Haushaltsberatungen eingereicht.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Resolution wird als Vorlage mit der Einladung für den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit übersandt.*

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass das Thema bekannt sei und sie hierzu bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2014 Stellung nehmen werde.

KAbg. Jakob bezieht sich auf die eingangs erwähnte Anfrage der SPD - Kreistagsfraktion. Die SPD habe das Besprechungsprotokoll vom 29.09.2013 zur Kenntnis genommen, wobei aufgefallen sei, dass Ausführungen wie „einige Minuten“ zwingend konkretisiert werden müssten. Darüber hinaus müsse hinsichtlich der Diskussion um den Schülermittagszug darauf geachtet werden, dass auch hier Wartezeiten festgelegt worden seien. KAbg. Jakob ergänzt die Anfrage der SPD- Kreistagsfraktion wie folgt:

Es ist wichtig, dass die Mitglieder des Kreistages rechtzeitig über weitere Schritte und Absichten der beteiligten Parteien z.B. ZGB und DB Regio sowie über weitere Gesprächsergebnisse informiert werden, damit wir als Politik schnell und gemeinsam im Interesse der Schülerinnen und Schüler handeln können.

Landrätin Steinbrügge sagt zu, dass der Kreistag Wolfenbüttel über die weitere Entwicklung sogleich unterrichtet werde, wenn neue Informationen vorlägen.

KAbg. Lühr nimmt Bezug auf den Artikel in der Salzgitter Zeitung vom 27.09.2013. Darin seien Überlegungen seitens der dortigen SPD – Fraktion geäußert worden, die Amtszeit des Oberbürgermeisters Klingebiel bis 2016 verlängern zu wollen, da derzeit Pläne hinsichtlich einer Fusion der Stadt Salzgitter mit den Kreisen Wolfenbüttel und Peine diskutiert würden. KAbg. Lühr bittet um Sachstandsmitteilung. Darüber hinaus werde Landrätin Steinbrügge gebeten ihren persönlichen Standpunkt zu diesem Thema darzulegen.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass es keinen Sachstand gäbe. Natürlich dürfe man sich eventuellen Gesprächswünschen nicht verschließen, jedoch würden diese mit aller Offenheit im Ausgang geführt. Die Initiative für solche Gespräche läge nicht bei der Landkreisverwaltung.

KAbg. Wolff nimmt Bezug auf den Artikel in der Wolfenbütteler Zeitung vom 24.08.2013 zum Thema „rollende Arztpraxis“, wo dargelegt wurde, dass Gruppen von Patienten, die einer dem VDEK angeschlossenen Organisation angehören, in dieser Arztpraxis derzeit nicht behandelt werden. Bei Vorstellung habe dieses Projekt im Hinblick auf den demografischen Wandel und der Gesundheitsregion vielversprechend geklungen, doch unter den aktuellen Gesichtspunkten werden diesbezüglich falsche Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern geweckt. Solch ein Projekt ergäbe nur Sinn, wenn es allen Bürgern offen stünde. Daher werde nachgefragt, ob eine Einstellung des Projektes angedacht sei.

Landrätin Steinbrügge stimmt zu, dass es sehr bedauerlich sei, dass sich einige Krankenkasse nicht an dem Projekt beteiligen. Es habe diesbezüglich mehrere Gespräche auf Landesebene mit dem Verband der Angestelltenkrankenkasse gegeben, jedoch sei es leider nicht gelungen, den Verband zu überzeugen. Lediglich einige Ersatzkassen haben sich mittlerweile an der Finanzierungsvereinbarung beteiligt. Leider bliebe derzeit keine andere Möglichkeit, als das sich die betroffenen Versicherten direkt an ihre Krankenkasse wenden und sich diesbezüglich mit diesen auseinandersetzen.

KAbg. Oesterhelweg erklärt, dass der Landkreis Wolfenbüttel die Schülerbeförderungskosten ab einer Grenze von 3 km übernehme. Die Situation der Schulkinder habe sich in den letzten Jahren jedoch erheblich verändert. Zu dem Mehr an Schulstunden kämen auch entsprechende Schulmaterialien, welche zu tragen seien. Daher werde seitens der CDU – Kreistagsfraktion angeregt, diese 3 km Grenze zu überdenken und sich diesbezüglich mit den umliegenden Kommunen zu vergleichen. KAbg. Oesterhelweg bitte um Beantwortung, ob diese 3 km Grenze auch in Braunschweig, Goslar, Helmstedt, Peine, Salzgitter, Hildesheim gelte und ob dort eine Differenzierung nach Alter bzw. Klassenstufen durchgeführt werde.

Die Beantwortung erfolgt über das Protokoll.

Anmerkung der Verwaltung:

Ein Anspruch auf Beförderung zur nächstgelegenen Schule und zurück oder auf Erstattungen der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg nach § 114 Abs. 1 Satz 2 NSchG besteht, wenn für den kürzesten Schulweg in eine Richtung die folgende Mindestentfernung überschritten wird:

	Schulkindergarten und Primarbereich (Jahrgänge 1 - 4)	Sekundarbereich I Jahrgänge 5 - 6	Sekundarbereich I Jahrgänge 7 – 10	Sekundarbereich II
Landkreis Wolfenbüttel	mehr als 2 km	mehr als 3 km	mehr als 3 km	mehr als 4 km
Stadt Braunschweig	mehr als 2 km	mehr als 2 km	mehr als 2 km	kein Anspruch
Landkreis Goslar	mehr als 2 km	mehr als 3 km	mehr als 3,5 km	kein Anspruch
Landkreis Helmstedt	mehr als 2 km	mehr als 2 km (nur in der Zeit vom 01.10. – 31.03. („Winterhalbjahr“)  übrige Zeit: 3 km	mehr als 3 km	kein Anspruch
Landkreis Peine	mehr als 2 km	mehr als 2 km	mehr als 3 km	kein Anspruch
Stadt Salzgitter	mehr als 2 km	mehr als 2 km	mehr als 3 km	kein Anspruch
Landkreis Hildesheim	mehr als 2 km	mehr als 2 km	mehr als 2 km	kein Anspruch
Stadt Wolfsburg	mehr als 2 km	mehr als 2 km	mehr als 3 km	kein Anspruch
Landkreis Gifhorn	mehr als 2 km	mehr als 3 km	mehr als 3 km	kein Anspruch

KAbg. Leukert merkt an, dass die Stadt Wolfenbüttel derzeit plane eine App zur Förderung des Tourismus zu entwerfen. Daher werde sich erkundigt, ob die Landkreisverwaltung gedenke sich daran zu beteiligen.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass diese App ein Projekt bezogen auf die Stadt Wolfenbüttel sei, wonach derzeit kein Anlass seitens des Landkreises Wolfenbüttel gesehen werde, sich daran zu beteiligen.

## **TOP 7     Anträge (§ 4f GO)**

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

## **TOP 8     Fortsetzung des Pro Aktiv Centers Wolfenbüttel bis 30.06.2015 Vorlage: XVII-0306/2013**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage XVII-0306/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Fortsetzung des Projektes PACE im Übergangsjahr 2014. Die Verwaltung wird beauftragt, Mittel in entsprechender Höhe in die Haushaltsberatungen für 2014 einzubringen.

## **TOP 9     Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für Räume des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel in der Harzstraße Vorlage: XVII-0313/2013**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage XVII-0313/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die der Vorlage XVII-0313/2013 als Anlage beigefügte Benutzungs- und Entgeltordnung für Räume des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel in der Harzstraße wird beschlossen.

## **TOP 10    Änderung der Entgeltordnung für Veranstaltungen des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0311/2013**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage XVII-0311/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die der Vorlage XVII-0311/2013 als Anlage beigefügte Entgeltordnung wird beschlossen und tritt zum 01. Oktober 2013 in Kraft.

### **TOP 11 Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Bücherei im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel (Bücherbus) Vorlage: XVII-0320/2013**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage XVII-0320/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden.

### **Beschluss:**

Die der Vorlage XVII-0320/2013 als Anlage beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für die Bücherei im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel (Bücherbus) wird beschlossen und tritt zum 01. Oktober 2013 in Kraft.

### **TOP 12 Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“; Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe Vorlage: XVII-0277/2013/1**

KAbg. Märtens erläutert die Vorlage XVII-0277/2013/1.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Den überplanmäßigen Ausgaben auf dem Produktkonto 2310100000.7831100 der Carl-Gotthard-Langhans-Schule für das Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“ in Höhe von 185.300 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus dem Produktkonto 1112100000.7831100.

### **TOP 13 Verordnung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Oker im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0296/2013**

KAbg. Lühr erläutert die Vorlage XVII-0296/2013

KAbg. Oesterhelweg nimmt Bezug auf die vorangegangenen einvernehmlichen Diskussionen im Fach- und Kreisausschuss zu diesem Thema und stellt klar, dass die Gemeinde- und Kreisverwaltung die Bebauung in diesen Bereichen jahrzehntelang zugelassen habe. Aufgrund dessen sind dort Baugebiete entstanden, wonach die entsprechenden Eigentumsrechte nunmehr, durch die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten, massiv eingeschränkt werden. KAbg. Oesterhelweg weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Grenze von den Überschwemmungsgebieten oftmals direkt durch die Grundstücke laufe, wonach den Eigentümern nicht verwehrt werden dürfe, kleine Änderungen auf ihren Grundstücken vornehmen zu können. Natürlich sei die Festlegung von Überschwemmungsgebieten sehr wichtig. Die Hauptaufgabe des Kreistages Wolfenbüttel läge jedoch

darin, gemeinsam etwas für den Hochwasserschutz zu tun. Diesbezüglich werden die erheblichen Anstrengungen im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung Nördliches Harzvorland hervorgehoben. Dieses Projekt müsse parteiübergreifend unterstützt, am Leben gehalten und weiter ausgebaut werden, damit das Land dieses auch weiterhin finanziell unterstütze.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die als Anlage 4 beigefügte Verordnung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Oker im Landkreis Wolfenbüttel wird beschlossen.

## **TOP 14 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Elm" Vorlage: XVII-0263/2013**

KAbg. Lühr erläutert die Vorlage XVII-0263/2013.

KAbg. Dette erklärt im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, dass der Antrag zur Einrichtung eines Naturschutzgebietes (NSG) Elm vom 12.10.2012 (Anlage 2) aufrecht erhalten werde. Zur Begründung werde darauf hingewiesen, dass der Landkreis Wolfenbüttel seit Jahren lediglich 8 Naturschutzgebiete ausweise und damit im niedersächsischen Vergleich an vorletzter Stelle stünde. Dies sei bedenklich, da viele Flächen im Landkreis Wolfenbüttel durchaus die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Naturschutzgebietes erfüllen würden. Aktuell ginge es jedoch um die Fläche FFH Gebiet „Nordwestlicher Elm“, welche aus dem Landschaftsschutzgebiet (LSG) herausgelöst und als NSG ausgewiesen werden solle. Dies befürworte nicht nur die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, sondern auch viele Weitere, wie die Naturschutzbeauftragte Weber Schönian, der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) und der Landkreis Helmstedt.

KAbg. Hensele merkt an, dass die SPD – Kreistagsfraktion lange diskutiert habe, ob die Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung (LSG – VO) oder die Ausweisung des Gebietes als NSG der richtige Weg sei. Im Rahmen dieser Diskussion wurden viele verschiedene Standpunkte verdeutlicht, wonach den Naturschutzverbänden hier ein Dank für die differenzierten Stellungnahmen ausgesprochen werde. Einigkeit bestünde darin, dass der Schutz des Waldes verbessert werden müsste. Eine einvernehmliche Meinung innerhalb der SPD – Kreistagsfraktion, wie dieses bestenfalls erreicht werden könne, wurde nicht erzielt. Daher sei die Abstimmung freigegeben. KAbg. Hensele hält jedoch an dem nachfolgend aufgeführten Vorschlag der Verwaltung, welcher durch die SPD – Kreistagsfraktion im Kreisausschuss konkretisiert wurde, fest:

Die bestehende Landschaftsschutzgebietsverordnung vom 02.02.1995 (LSG WF 22) wird durch die als Anlage 3 (XVII-0263/2013) beigefügte Verordnung geändert.

- Es wird eine Kommission mit fünf Teilnehmergruppen gebildet (Eigentümer, Forstverwaltung, Naturschutzverbände, Politik und Verwaltung), um sich über den Erhaltungszustand der Lebensraumtypen des Waldes zu informieren und zu beraten.
- Diese Kommission trifft sich jährlich einmal zu einer Waldbegehung.
- Es wird eine aktualisierte erweiterte Basiserhebung und Bewertung vorgenommen.
- Eine Bewertung des Waldes erfolgt alle 5 Jahre. Dem Kreistag wird berichtet.
- Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschäftsordnung für die Kommission zu erarbeiten und dem Kreisausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

KAbg. Lühr stellt klar, dass die neue Verordnung über das LSG Elm allen gesetzlichen Vorgaben gerecht werde und dem Gebiet genügend Überwachungs- und Überprüfungsvorschriften auferlege.

Eine Ausweisung als NSG sei daher nicht notwendig. Ein weiterer Vorteil des LSG sei, dass es für den gesamten Elm gelte und es dadurch für alle Nutzer, ob Forst- und Waldbesitzer oder Besucher, die gleichen Richtlinien gäbe. Es könne niemandem zugemutet werden zu unterscheiden, wo die Grenzen zwischen einem NSG und einem LSG verliefen. Jedoch begründe eben diese Grenze völlig andere Vorschriften und Verpflichtungen, an welche sich alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Wolfenbüttel halten müssten, da sie bei einem Vergehen unter Umständen einen Straftatbestand erfüllen würden. Zu dem gehe mit der Ausweisung als NSG ein Vorkaufsrecht des Landes einher, wonach den Waldeigentümern eine dauerhafte Entwertung der Grundstücke auferlegt werde.

KAbg. Lagosky ergänzt, dass nicht vergessen werde dürfe, dass diese Kulturlandschaft Elm bereits als LSG ausgewiesen sei und dass der gute Zustand des Waldes jahrzehntelanger Fortwirtschaft zu verdanken sei. Auch die CDU – Kreistagsfraktion habe lange diskutiert, wie nunmehr mit dem Wald umgegangen und ob in die Rechte der Waldbesitzer/ Forstgenossen noch mehr eingegriffen werden sollte. Die Grundausrichtung für ein LSG anstatt eines NSG werde innerhalb der CDU – Kreistagsfraktion einheitlich vertreten. Jedoch gäbe es unterschiedliche Meinungen zu dem Kompromissvorschlag der SPD – Kreistagsfraktion und der Kreisverwaltung zur Einrichtung einer Kommission. Diese Kommission solle sich über den Erhaltungszustand des Waldes informieren und beraten, womit die privaten Rechte der Waldbesitzer und – bewirtschafter noch weiter eingeschränkt würden als ohnehin schon durch die LSG- VO. Daher werde auch die Abstimmung innerhalb der CDU – Fraktion freigegeben.

KAbg. Oesterhelweg stellt klar, dass es für ihn nicht nachvollziehbar sei, warum den Waldbesitzern, Waldbewirtschaftern und der gesamten Bevölkerung solch ein Misstrauen gegenüber gebracht werde, da dieser Wald auch ohne Zutun des Kreistages Wolfenbüttel in einem sehr guten Zustand sei. Der Elm als Buchenwald weise einen umfangreichen Artenreichtum auf und diene vielen Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis Wolfenbüttel als Einnahmequelle. Durch diese Diskussion, ob nun LSG mit Maßgaben oder NSG, werde in die Eigentumsrechte der Waldbesitzer eingegriffen, obwohl diese jahrelang gute Arbeit geleistet haben. Gerade vor dem Hintergrund der Energiewende dürfe Holz als nachwachsender Rohstoff nicht vernachlässigt werden. Doch wo solle das Brennholz herkommen, wenn alle Bereiche nach und nach reguliert würden. Zu dem seien jeden Tag fachlich geschulte Menschen im Elm unterwegs, ob dienstlich oder privat. Diese Menschen seien weitaus besser in der Lage Mängel an dem Erhaltungszustand zu melden, als jede angedachte Kommission. Der Kompromissvorschlag seitens der SPD – Kreistagsfraktion und der Kreisverwaltung erscheine daher überflüssig. Auch die Anzahl an NSG im Landkreis Wolfenbüttel sage nichts über den Zustand der Wälder aus, denn ein NSG sei keine Voraussetzung für die Schönheit eines Waldes. Aus den vorgenannten Gründen befürworte KAbg. Oesterhelweg grundsätzlich am Status quo festzuhalten. Da jedoch befürchtet werde, dass, insofern sich der Kreistag Wolfenbüttel heute nicht für die neue LSG VO ausspreche, ein NSG möglicherweise von höherer Stelle durchgesetzt werden könnte, werde er nicht gegen den Erlass der neuen LSG VO stimmen, sondern sich enthalten.

KAbg. Brücher entgegnet, dass der Naturschutz darauf abziele, den Elm als Buchenwald zu erhalten und eben nicht mit schnellwachsenden Hölzern zu bepflanzen, damit die wirtschaftliche Ausbeute günstiger sei. Große Einigkeit bestünde darin, dass der Erhaltungszustand des Waldes, vor allem im nordwestlichen Bereich, verbessert werden müsste, wonach ein Kompromissvorschlag, wie hier eingebracht, normalerweise ein sinnvoller Weg sei. Nun könne jedoch nicht in jeder Lage im Sinne aller Interessen gehandelt werden und in diesem Falle müssten die Interessen des Naturschutzes, nämlich der Erhalt des Waldes, dem Interesse der Ausbeute vorangestellt werden. KAbg. Brücher stellt klar, dass das NSG nur für einen kleinen Teil im Elm gelten solle, der Rest des Elms werde weiterhin LSG bleiben.

KAbg. Perli erklärt, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN befürworten werde. Der Konflikt zwischen den privaten Interessen und denen des Naturschutzes seien bestens dargestellt worden. Daher ginge es nunmehr darum ein Gleichgewicht zu schaffen. Dem Holz als nachwachsender Rohstoff komme zweifelsohne eine zunehmende Bedeutung zu, gerade deswegen müssten Schutzräume geschaffen werden, damit das Holz nicht nur

im wirtschaftlichen Sinne genutzt werde. Hier solle lediglich ein bestimmter Bereich als NSG ausgewiesen werden, nicht der gesamte Elm, wonach den wirtschaftlichen Aspekten weiterhin genügend Fläche zur Verfügung stünde. KAbg. Perli kritisiert die Einrichtung einer Kommission, die versuchen solle, die hier herrschenden Interessenkonflikte zu lösen. Dies sei immer noch Aufgabe der Politik und dürfe nicht verschoben werden.

KAbg. Kaatz spricht sich ebenfalls für ein NSG aus, da die FFH -Richtlinie in den vergangenen Jahren eben nicht eingehalten wurde. Der Elm sei ein „kranker Patient“, weil gerade die alten, erhaltenswerten Bäume nicht mehr vorhanden seien. Zweifelsohne kollidieren hier verschiedene Interessenslager, jedoch müsste der Schutz des Waldes allem vorangestellt werden. Es werde darauf aufmerksam gemacht, dass die Forstgenossen, welche durch die Einrichtung eines NSG eingeschränkt werden würden, eine Entschädigungszahlung erhalten sollen. Dies werde auf Landesebene diskutiert.

KAbg. Wagner – Judith hebt hervor, dass es einzig darum ginge, den Buchenwald mit seinem Artenreichtum zu erhalten und nicht Nutzholz zu gewinnen.

KAbg. Dr. Gerndt ergänzt, dass nur ein kleiner Teil des Elms ohne Bewirtschaftung stehen gelassen werden solle, damit die Natur sich dort frei entfalten könne, um genetische Reserven für künftige Generationen zu schaffen.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über den Antrag über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN (Anlage 2) abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreisausschuss mit 18 Ja- und 24 Neinstimmen nachstehenden

**Beschluss:**

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN (Anlage 2) wird abgelehnt.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über den eingangs eingebrachten Antrag der SPD - Kreistagsfraktion abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 28 Ja-, 9 Nein- und 5 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

Die bestehende Landschaftsschutzgebietsverordnung vom 02.02.1995 (LSG WF 22) wird durch die als Anlage 3 (XVII-0263/2013) beigefügte Verordnung geändert.

- Es wird eine Kommission mit fünf Teilnehmergruppen gebildet (Eigentümer, Forstverwaltung, Naturschutzverbände, Politik und Verwaltung), um sich über den Erhaltungszustand der Lebensraumtypen des Waldes zu informieren und zu beraten.
- Diese Kommission trifft sich jährlich einmal zu einer Waldbegehung.
- Es wird eine aktualisierte erweiterte Basiserhebung und Bewertung vorgenommen.
- Eine Bewertung des Waldes erfolgt alle 5 Jahre. Dem Kreistag wird berichtet.
- Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschäftsordnung für die Kommission zu erarbeiten und dem Kreisausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

**TOP 15 Geschäftsordnung der Asse2 Begleitgruppe,  
Vorlage: XVII-0298/2013**

KAbg. Löhr erläutert die Vorlage XVII-0298/2013.

KAbg. Försterling bittet den Kreistag darum, die neue Geschäftsordnung mitzutragen, da diese auch das Ziel verfolge, die A2B durch die Befassung im Kreistag Wolfenbüttel wieder mehr ins Bewusstsein zu rufen. Leider habe das Bundesamt für Strahlenschutz aktuell keine Rücksicht auf die Kommunalpolitik und den Kreistag Wolfenbüttel genommen, wenn sie heute ihre Infoveranstaltungen durchführe. In diesem Zusammenhang werde Dezernent Schillmann ausdrücklich der Dank ausgesprochen, da er die A2B mit viel Herzblut und Engagement kommissarisch geleitet habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der als Anlage beigefügten Geschäftsordnung der Asse2 Begleitgruppe wird zugestimmt.

**TOP 16 Wirtschaftsplan 2014 für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis  
Wolfenbüttel (WLW),  
Vorlage: XVII-0316/2013**

KAbg. E. Gerndt erläutert die Vorlage XVII-0316/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Neinstimme nachstehenden

**Beschluss:**

- 1.) Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 wird

im Erfolgsplan mit	Erträgen in Höhe von	19.738.000,00 €
	Aufwendungen in Höhe von	20.073.500,00 €
im Vermögensplan mit	Einnahmen in Höhe von	9.287.700,00 €
	Ausgaben in Höhe von	9.287.700,00 €

festgesetzt.
  
- 2.) Im Vermögensplan werden Kredite für Investitionen in Höhe von 2.000.000,00 € Veranschlagt.
  
- 3.) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan wird auf 1.916.100,00 € festgesetzt.
  
- 4.) Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Wirtschaftsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben durch die Sonderkasse der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 650.000,00 € festgesetzt.

**TOP 17 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013, Vorlage: XVII-0295/2013**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage XVII-0295/2013.

KAbg. Fricke erklärt, dass der Fehlbedarf durch den 1. Nachtragshaushalt vor dem Hintergrund des Konsolidierungszwanges Sorge bereite. Der Kreistag Wolfenbüttel benötige für die Haushaltsberatungen 2014 viel Kraft und müsse sich einer schonungslosen Aufgabenkritik stellen. Dies sei zwar unpopulär, jedoch absolut notwendig um die Maßgabe des Innenministeriums bei der Haushaltsgenehmigung 2013 nachzukommen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2013 wird fortgeschrieben.

**TOP 18 1. Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013  
Vorlage: XVII-0305/2013**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage XVII-0305/2013.

KAbg. Fricke erklärt, dass sich die CDU – Kreistagsfraktion bereits bei dem Beschluss zum Stellenplan 2013 enthalten habe. Auch hier müsse man sich einer umfangreichen Aufgabenkritik stellen. Mit der Enthaltung solle nicht die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Wolfenbüttel in Frage gestellt werden, jedoch müsse der stetigen Stellenmehrung entgegengewirkt werden und die Interkommunalen Zusammenarbeit, wie die CDU es bereits seit Jahren fordere, stärker angegangen werden.

KAbg. Hensel merkt an, dass die SPD – Kreistagsfraktion dem 1. Nachtrag zum Stellenplan zustimmen werde, da gemeinsam Optimierungspotentiale ausgelotet werden müssten und dies nicht einzig als Aufgabe der Kreisverwaltung gesehen werden dürfe.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 17 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

Der 1. Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

**TOP 19 Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zeitraum vom 19.06.2013 bis 02.07.2013  
Vorlage: XVII-0307/2013**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage XVII-0307/2013.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Von den im Zeitraum vom 19.06.2013 bis zum 02.07.2013 bewilligten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVII-0307/2013 ergeben, wird Kenntnis genommen.

**TOP 20    Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis  
          Wolfenbüttel  
          Vorlage: XVII-0312/2013**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage XVII-0312/2013.

KAbg. Fricke begrüßt, dass die aktive Wirtschaftsförderung nun endlich Fahrt aufnehme, so wie es seitens der CDU – Kreistagsfraktion lange gefordert habe. Erfreulich sei weiterhin, dass die in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vorgeschlagene Projektgruppe auch seitens des Kreisausschusses mitgetragen werde. Die Besetzung der Projektgruppe könne zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden, wobei insoweit auch die Wirtschaftsverbände Berücksichtigung finden sollten. Wichtig sei zunächst der Entschluss zu einer solchen Projektgruppe, damit Doppelstrukturen im Vorhinein vermieden werden können.

KAbg. Hensel begrüßt ebenfalls, dass die Wirtschaftsförderung nun angegangen werde. Bereits im Jahre 2011 habe man versucht in diesem Bereich tätig zu werden. Leider habe sich damals die Stadt Wolfenbüttel quer gestellt und diesbezügliche Gespräche verweigert. Daher wäre es wünschenswert, wenn die Stadt Wolfenbüttel sich nunmehr gesprächsbereit zeigen würde. Ein gutes Beispiel für eine gemeinsame Arbeit sei der Tourismusverband der kürzlich auf den Weg gebracht wurde.

KAbg. Lagosky entgegnet, dass ein gemeinsames Arbeiten jedoch nur funktioniere, wenn alle Beteiligten den gleichen Informationsstand hätten. Von der Projektskizze zur Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel mit Stand vom 27.04.2011, wie sie der Vorlage XVII-0312/2013 als Anlage beigefügt wurde, habe die CDU – Kreistagsfraktion bislang keinerlei Kenntnis gehabt. Da diese Skizze nunmehr seit 2011 in der Schublade schmore, sei es umso mehr an Zeit, Gas zu geben, um mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze im Landkreis Wolfenbüttel vorhalten zu können.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass die Projektskizze allen Kreistagsabgeordneten mit der aktuellen Drucksache zur Verfügung gestellt worden sei. Dass das Thema seit 2011 nicht weiter verfolgt worden sei, habe gute Gründe. Zunächst sei der Tourismusverband Nördliches Harzvorland auf den Weg gebracht worden, nun käme die Wirtschaftsförderung an die Reihe.

KAbg. Wolff erklärt, dass in den letzten Jahren die Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel kaum vorhanden gewesen sei. Lediglich in diesem Jahr habe ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung versucht die Fördermaßnahmen publik zu machen. Dieser Prozess müsse weiter intensiviert werden. Darüber hinaus gäbe es durchaus die Möglichkeit die Wirtschaft im Landkreis Wolfenbüttel ohne großen finanziellen Aufwand anzukurbeln. Als Beispiel sei insoweit das Vergaberecht genannt. Trotz der hohen gesetzlichen Vorhaben sei es möglich, kleingliedriger auszuschreiben und vor allem der Verdrossenheit der ansässigen Unternehmen, die sich mittlerweile gar nicht mehr um Ausschreibungen bewerben, entgegenzuwirken, anstatt immer mehr Nachweise und Kalkulationen von den Unternehmen einzufordern.

Erster Kreisrat Hortig entgegnet, dass die Kreisverwaltung sich den Hürden des Vergaberechts durchaus bewusst sei und versuche im Rahmen der Gesetze so auszuschreiben, dass sich auch kleinere Unternehmen bewerben könnten. Darüber hinaus werde darauf hingewiesen, dass bei ca. 80 % der freihändigen Vergaben Unternehmen im Landkreis Wolfenbüttel den Zuschlag bekämen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Eine aktive Wirtschaftsförderung für den Landkreis Wolfenbüttel wird durch eine aus der Verwaltung, Politik und den Hauptverwaltungsbeamtinnen und –beamten bestehende Projektgruppe konzeptionell entwickelt.

### **TOP 21    ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig Vorlage: XVII-0317/2013**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage XVII- 0317/2013.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Die Landrätin wird beauftragt, den 2. Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag vom 22. November/2. Dezember 2011 zur allgemeinen Vorschrift im Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig, wie er sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVII-0317/2013 ergibt, abzuschließen.

### **TOP 22    Einbringung des Haushaltes 2014**

Landrätin Steinbrügge bringt den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2014 anhand einer Power- Point- Präsentation ein, welche der Anlage 3 zum Protokoll über die 12. Sitzung des XVII.- gewählten Kreistages entnommen werden kann. Landrätin Steinbrügge bedauert, dass trotz intensiver Einsparbemühungen kein ausgeglichener Haushaltsentwurf vorgelegt werden könne. Dies habe vielerlei Gründe. Zum Einen natürlich, dass das Land Niedersachsen, wie unter TOP 6.2 bereits angesprochen, plane, die Kosten der Grundsicherung im Alter nicht 1 zu 1 an die Kommune weiterzugeben. Dieses würde den Haushalt 2014 nach aktualisierten eigenen Berechnungen mit ca. 2 Mill. € gegenüber der vorliegenden Planung belasten. Es gäbe auch noch keine Proberechnungen aus dem MI, sodass die Haushaltsplanung 2014 noch mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sei. Der NLT habe sich zur Neuverteilung des FAG bereits positioniert und werde die Interessen der Landkreise im Anhörungsverfahren zum Haushaltsbegleitgesetz vertreten. Des Weiteren dränge der NLT darauf, das Thema auch im Innenausschuss zu erörtern. Aber auch der Beschluss zur kostenfreien Schülerbeförderung der Sek II schlage sich mit rund 1 Mill. € nieder. Es sei sowohl die Aufgabe der Verwaltung als auch die der Politik das strukturelle Defizit des Landkreises Wolfenbüttel zu reduzieren. Dazu gehöre auch genauer zu hinterfragen und zu beleuchten, welche Investitionen in Zukunft noch getätigt werden sollten und welche nicht. Gemeinsam müsse ein Weg aus der Gesamtverschuldung angestrebt werden, wonach auch Landrätin Steinbrügge die anstehenden Haushaltsberatungen als anstrengend und schwierig einstufe.

## **TOP 23 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)**

Landrätin Steinbrügge weist auf das Schreiben der Samtgemeinde Asse vom 20.09.2013 zum Thema „Standortbewerbung für das in Planung befindliche „Bundesamt für Kerntechnische Entsorgung“ (Anlage 4), welches mit der Bitte um Unterstützung übersandt wurde, hin. Der Kreistag habe erst kürzlich eine Resolution zum Thema Nachteilsausgleich beschlossen. Die Samtgemeinde Asse konkretisiere mit diesem Antrag lediglich die dort gestellte Forderung, wonach - das Einverständnis des Kreistages vorausgesetzt - Landrätin Steinbrügge diese Bewerbung auch im Namen des Landkreises Wolfenbüttel unterstützen und an den vorgeschlagenen Empfängerkreis und an den niedersächsischen Ministerpräsidenten versenden werde.

Alle Fraktionen des Kreistages und die Kreistagsgruppe signalisieren Zustimmung.

Landrätin Steinbrügge informiert weiterhin über den Wechsel von KAbg. Leukert von der Piratenpartei zu der Partei DIE LINKE. KAbg. Perli habe ordnungsgemäß zur Anzeige gebracht, dass beide nunmehr keine Gruppe, sondern die Kreistagsfraktion DIE LINKE bilden.

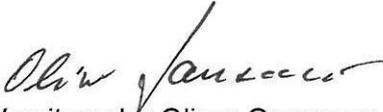
Landrätin Steinbrügge informiert darüber hinaus, dass die Gesellschafteranteile des Landkreises Wolfenbüttel an der Wolfenbütteler Land Tourismus und Warnetalbahn GmbH am 19.09.2013 gem. des Kreistagsbeschlusses vom 25.02.2013 an die Dampflok – Gemeinschaft 41096 e. V. notariell übereignet wurden.

## **TOP 24 Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)**

Frau Ehlers begrüßt die Einwohnerfragestunde zum Ende einer Kreistagssitzung und bittet um Beibehaltung.

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Ganzauer schließt die Sitzung um 20:51 Uhr.

  
Vorsitzender Oliver Ganzauer

Landrätin Christiana Steinbrügge

Protokollführerin Julia Eidam

## **Anlagen:**

1. Anfrage SPD – Kreistagsfraktion zur Schülerbeförderung aus Schöppenstedt nach

Wolfenbüttel

2. Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Errichtung eines NSG Elm
3. Power – Point – Präsentation: Entwurf Haushalt 2014
4. SG Asse: Standortbewerbung für das in Planung befindliche „Bundesamt für Kerntechnische Entsorgung“